

XXXI. Kreditunternehmungen unter Haftung bezw. Mitwirkung der Gemeinde Wien.

A. Sparkassen.

a) Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Im Berichtsjahre hat die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien das vierte Verwaltungsjahr vollendet.

In erster Linie ist des tiefererschütternden Verlustes zu gedenken, den die Anstalt durch das Ableben ihres Vorsitzenden, des Bürgermeisters Erzellenz Dr. Karl Lueger erlitten hat.

Am 22. April wurde der bisherige 1. Vizebürgermeister zum Bürgermeister gewählt und somit in Gemäßheit der §§ 34 und 35 der Statuten Vorsitzender des Ausschusses und Kuratoriums der Anstalt; am 13. Mai wurde der bisherige Kurator Stadtrat Franz Hoß zum 3. Vizebürgermeister gewählt; da er hiemit laut der obigen statutarischen Bestimmungen die Funktion des Stellvertreters des Vorsitzenden im Ausschusse und Kuratorium zu übernehmen hatte, wurde die freigewordene Stelle im Kuratorium durch die Wahl des bisherigen Ausschußmitgliedes und Mitgliedes des Revisionsausschusses, Gemeinderates Georg Philp besetzt; ferner wurde an Stelle des Kurators Josef Piwonka sen., welcher infolge Krankheit auf sein Mandat verzichtete, Fabrikbesitzer Josef Piwonka jun. in das Kuratorium gewählt (24. Juni).

Infolge der im April durchgeführten Neuwahlen des Gemeinderates, der Wahl des Gemeinderates Georg Philp in das Kuratorium sowie infolge Ablebens des Ausschußmitgliedes Franz Venda (am 30. Oktober) wurden in den Ausschuß neu- bzw. wiedergewählt die Gemeinderäte Ferdinand Eder, Dr. Heinrich Mataja, Josef Schlechter, Karl Wimberger (24. Juni), Franz Klaus, Karl Wippel (22. September) und Eduard Wagner (11. November).

Zur Deckung des Personalbedarfes wurden mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 6. Mai 12 Praktikantenstellen mit einem jährlichen Abjutum vom 1200 K sowie 6 definitive Kassendienerstellen 3. Bezugsklasse mit 1200 K Gehalt, 500 K Quartiergeld, Montur- und Stiefelpauschale neu systemisiert.

In der Entwicklung und Ausgestaltung der Anstalt ist ein nennenswerter Fortschritt zu verzeichnen.

Über Antrag des Vizebürgermeisters Dr. Josef Porzer hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 1. Juli die Errichtung eines Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien beschlossen, der den Zweck hat, durch Gewährung von Krediten den Handels- und Gewerbestand, vorzüglich das Kleingewerbe wirtschaftlich zu fördern; ferner wurde am 1. September die Zweiganstalt für den III. Bezirk und am folgenden Tage die Zweiganstalt für den X. Bezirk vom Bürgermeister eröffnet.

Das vierte Geschäftsjahr verlief ohne Änderung des Zinsfußes für Spareinlagen und Hypothekendarlehen und ergab einen Reingewinn von 168.000 K nach Abschlag eines Betrages von 60.000 K für eine eigene Pensionsreserve der Angestellten der Anstalt; dem mit rund 28.000.000 K präliminierten Einlagenzuwachs steht eine tatsächliche Steigerung der Einlagen um 32.000.000 K gegenüber.

Über die Geschäftstätigkeit der Anstalt ist zu berichten, daß die Zahl der Parteien von 240.500 auf 300.000 Parteien gestiegen ist und der Gesamteinlagenstand bei 84.424 Konti am Ende des Berichtsjahres ein Guthaben von 112,359.000 K aufwies, so daß auf ein Einlagebuch durchschnittlich 1331 K entfielen.

Im Vorjahre zeigte der Gesamteinlagenstand auf 66.709 Konti ein Guthaben von 80,249.000 K, so daß auf ein Einlagebuch durchschnittlich 1202 K entfielen.

Die diesen Passiven gegenüberstehenden Aktiven verteilen sich in nachfolgende Hauptposten:

Kassebestand	480.000 K
Effekten Kom.	31,723.000 "
Hypothekendarlehen	54,750.000 "
Salinenscheine	3,000.000 "
Vorschüsse auf Wertpapiere	5,800.000 "
Anlagen bei Banken	983.000 "
Wechsel	50.000 "
Darlehen an öffentliche Körperschaften	17,882.000 "
Inventar	147.000 "
Diverse Debitoren	290.000 "

Der obenerwähnte Reingewinn per 168.000 K wurde dem Reservefonds zugewiesen, der also nach dem vierten Geschäftsjahre die Höhe von 645.664 K 93 h erreichte.

Die Verzinsung für Spareinlagen in jeder Höhe beträgt 4%. Die Rentensteuer wird von der Anstalt aus eigenem getragen.

b) Wiener Kommunal-Sparkassen.

Im Berichtsjahre haben die Wiener Kommunal-Sparkassen, und zwar: im Bezirke Rudolfsheim das 30., im Bezirke Hernals das 20., im Bezirke Währing das 27., im Bezirke Döbling das 27. und im Bezirke Floridsdorf das 30. Verwaltungsjahr zurückgelegt.

Die Verwaltung jeder Wiener Kommunal-Sparkasse wird durch einen von der Bezirksvertretung gewählten Sparkasse-Ausschuß und eine aus der Mitte des letzteren gewählte Direktion besorgt.

Der Ausschuß besteht bei den vier erstgenannten Sparkassen aus je 18, die Direktion aus je 6 Mitgliedern. Bei der Kommunal-Sparkasse im Bezirke Floridsdorf besteht der Ausschuß aus 24 und die Direktion aus 8 Mitgliedern.

Der Bürgermeister von Wien ist kraft seines Amtes Mitglied des Ausschusses und der Direktion sowie Vorsitzender des Sparkasse-Ausschusses und berechtigt, sich von einem durch ihn bestimmten Delegierten vertreten zu lassen.

Als Delegierte des Bürgermeisters fungierten im Berichtsjahre für die Kommunal-Sparkasse im Bezirke Rudolfsheim Gemeinderat Josef Schlögl, im Bezirke Hernals Gemeinderat Josef Leitner, im Bezirke Währing Bezirksvorsteher Anton Baumann, im Bezirke Döbling Stadtrat Leopold Tomola und im Bezirke Floridsdorf Bezirksvorsteher Anton Anderer.

Über die Geschäftstätigkeit der Wiener Kommunal-Sparkassen werden hier nur die bemerkenswertesten Zahlen angegeben. Ausführlicheres ist im XVIII. Abschnitte des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien enthalten.

Der Gewinn- und Verlustkonto der kommunalen Sparkassen weist Einnahmen und Ausgaben im Betrage von 8,155.245 K auf, wovon auf die Einnahmen, und zwar Hypothekenzinsen 5,487.861 K, Effektzinsen 2,190.597 K, andere Zinsen 223.129 K, Regiebeiträge und andere Einnahmen 253.658 K, bei den Ausgaben auf Einlagezinsen 7,024.867 K, Steuern 137.978 K, Unkosten 531.781 K, Kursverluste 147.665 K, Gebarungsüberschuß 312.954 K entfallen.

Der Bilanzkonto der kommunalen Sparkassen weist Aktiven und Passiven im Betrage von 196,246.388 K auf.

Sievon entfallen bei den Aktiven auf: Hypotheken 127,774.296 K, Lombard 457.130 K, Wertpapiere 51,843.846 K, Zinsenrückstände 488.078 K, Kasse und Wechsel 924.029 K, Bankguthaben und Postsparkasse 2,946.061 K, Depoteffekten 1,138.864 K, sonstige Aktiven 3,153.598 K, die Reservefonds 7,520.486 K; bei den Passiven auf: Interessenten-Kapitalien-Einlagen 186,030.972 K, vorhinein erhaltene Zinsen 797.350 K, diverse Kreditoren 445.762 K, Guthaben der Depotbesitzer 1,138.864 K, Guthaben der Reservefonds 7,520.486 K, Gebarungsüberschuß 312.954 K.

Im Berichtsjahre wurden bei den kommunalen Sparkassen an Kapitalien eingelegt von 249.051 Parteien 76,919.766 K und an kapitalisierten Zinsen zugeschrieben 6,842.323 K, dagegen an 170.863 Parteien zurückgezahlt 61,472.826 K.

Der anfängliche Einlagestand per 163,741.709 K mit 147.041 Konti hat sich in diesem Jahre um 22,289.263 K auf 186,030.972 K und um 7897 Konti vermehrt.

Bei den einzelnen Sparkassen betrug am Ende des Berichtsjahres, und zwar:

bei der Sparkasse	die Zahl der Sparkassenbücher	das Guthaben der Einleger	der Durchschnittsbetrag eines Sparkassenbuches
im XIV. Bezirke	57.564	67,417.686 K	1171 K
„ XVII. „	45.658	56,677.427 „	1241 „
„ XVIII. „	30.342	36,532.296 „	1204 „
„ XIX. „	10.313	9,482.086 „	919 „
„ XXI. „	11.061	15,921.477 „	1439 „

Bei allen fünf Sparkassen zusammen war der durchschnittliche Betrag, auf welchen ein Sparkassenbuch lautete, zu Ende des Berichtsjahres 1201 K.

Der Zinsfuß für die Sparkasseneinlagen und Hypothekendarlehen blieb im Berichtsjahre bei den Wiener Kommunal-Sparkassen unverändert und betrug 4% für die Einlagen und 4½% für die Hypothekendarlehen.

Die fruchtbringende Anlage der Interessenten-Einlagen und des Sparkasse-Vermögens bei den kommunalen Sparkassen erfolgt zum größten Teile durch Gewährung von Hypothekendarlehen sowie durch Ankauf von zinstragenden pupillar-sicheren Wertpapieren. Das Lombardgeschäft wurde seitens der kommunalen Sparkassen nur im bescheidenen Maße, der Wechselkont nur seitens der Sparkasse Hernals gepflegt.

Zu Ende des Jahres bezifferte sich der Stand der ausstehenden Hypothekendarlehen mit 127,774.296 K, der Gemeindegeldarlehen mit 2,637.290 K. Neu zugezählt wurden Hypothekendarlehen 16,473.033 K, rückgezahlt 3,836.480 K, so daß sich gegenüber dem Stande des Vorjahres (115,137.742 K) ein Zuwachs von 12,636.554 K ergibt.

Von den Gemeindegeldarlehen wurden 43.700 K rückgezahlt und 2,393.360 K neu zugezählt.

Im Durchschnitte waren 70·10% der Einlagen in Hypothekar- und Gemeindegeldarlehen angelegt.

In Werteffekten waren insgesamt veranlagt bei den Verwaltungsfonds 51,843.846 K, bei den Reservefonds 5,014.145 K.

Der Werteffektenstand der Verwaltungsfonds betrug 27·86% des Einlagestandes.

Der Stand der Vorschüsse auf Wertpapiere betrug mit Ende des Jahres 457.130 K.

Im Wechselkont wurden Wechsel eskontiert im Betrage von 79.927 K, eingelöst im Betrage von 69.534 K, im Portefeuille verblieben Wechsel im Betrage von 27.009 K.

Der Geharungsüberschuß der Verwaltungsfonds der Sparkassen bezifferte sich mit 312.954 K. Davon entfielen auf die kommunale Sparkasse:

im XIV. Bezirke	111.409 K
„ XVII. „	25.714 „
„ XVIII. „	95.038 „
„ XIX. „	23.597 „
„ XXI. „	57.196 „

Die Reservefonds, welche am Beginne des Jahres einen Stand von 7,380.523 K aufwiesen, erfuhr eine Erhöhung auf 7,520.486 K.

Auf die einzelnen Sparkassen entfallen, und zwar:

	an Reservefonds	% des Einlagenstandes
Im XIV. Bezirke	3,098.085 K	4·59%
„ XVII. „	2,024.983 „	3·57%
„ XVIII. „	1,310.668 „	3·59%
„ XIX. „	396.743 „	4·18%
„ XXI. „	690.007 „	4·33%

Sobald bei den Kommunal-Sparkassen der Reservefonds 5% der Sparkasse-Einlagen erreicht hat und — mit Ausnahme der Sparkassen im XVIII., XIX. und XXI. Bezirke — 400.000 K übersteigt, kann ein die Hälfte des jährlichen Verwaltungsgewinnes nicht übersteigender Teil davon mit Genehmigung der k. k. n.-ö. Statthalterei zu gemeinnützigen oder wohltätigen Lokalzwecken des Bezirkes, in dem die Anstalt liegt, verwendet werden. Diese Zwecke haben immer zunächst den Interessen der unbemittelten Teilnehmer der Anstalt zu entsprechen. Beträgt der Reservefonds mindestens 10% sämtlicher Einlagen, so können, insolange dieses Verhältnis besteht, mit Genehmigung der k. k. n.-ö. Statthalterei 90% des ganzen Jahres-Verwaltungsgewinnes in der bezeichneten Art und Weise verwendet werden.

Die Sparkasse im XIV. Bezirke hat im Berichtsjahre nach dem Stande des Reservefonds vom 31. Dezember 1909 den Betrag von 33.000 K zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken im Bezirke Rudolfsheim verwendet.

Davon wurden zugeführt: Dem Kaiser Franz Joseph-Jubiläumsfonds zur Unterstützung bedürftiger Gewerbetreibender des XIV. Bezirkes 2000 K, zur Unterstützung bedürftiger Personen ohne Unterschied des Standes und der Beschäftigung, welche durch mindestens drei Jahre im Bezirke Rudolfsheim ansässig waren oder ansässig sind oder welche in einer der, den dermaligen Bezirk Rudolfsheim bildenden, ehemaligen Gemeinden Sechshaus oder Rudolfsheim heimatzuständig waren, ferner zur Unterstützung von humanitären und gemeinnützigen Vereinen und Anstalten sowie für sonstige gemeinnützige und wohltätige Zwecke des XIV. Bezirkes 10.000 K und der übrigen Bezirke 3000 K, zur Auspeisung armer Schulkinder 6000 K, dem Weihnachtskomitee zur Linderung der Notlage armer Schulkinder 7000 K, dem unter dem Protektorate Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Josepha stehenden charitativen Vereine für arme Kinder „Kinderschutzstationen“ für die Schutzstation im Bezirke Rudolfsheim 1000 K, dem Sechshäuser Volksküchenvereine 2000 K und der Rosegger-Stiftung des Deutschen Schulvereines 2000 K.

B. Städtische Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt.

Im Berichtsjahre, dem 12. Geschäftsjahre der Anstalt, schieden aus dem Verwaltungsausschusse die Gemeinderäte Monsignore Johann Lutz, Dr. Theodor Reisch und Dr. Eduard Uhl aus; an ihre Stelle traten zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 24. Juni der bisherige Stellvertreter Gemeinderat Vinzenz Wilhelm und zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 16. September die Gemeinderäte Julius Komrowsky und Alois Vinzenz Böckl in den Verwaltungsausschuß ein, während als Stellvertreter in den Verwaltungsausschuß mit Beschluß vom 24. Juni Gemeinderat Karl Stahlich gewählt wurde.

Das Geschäftsergebnis der Anstalt, welche im Berichtsjahre dieselben Versicherungszweige betrieb wie im Vorjahre, gestaltete sich wie folgt:

a) In der regulären Kapitalsversicherung wurden 4728 Anträge auf 11,923.100 K beantragte Summe behandelt und nach erfolgter Ablehnung, einschließlich der durchgeführten Abänderungen, 3484 Policen auf 8,751.744 K versichertes Kapital ausgestellt. Die Zahl der auf Grund des Ergebnisses der ärztlichen Untersuchung abgelehnten Anträge betrug 16,5% aller ärztlich behandelten und erledigten Anträge.

b) In der Abteilung für Rentenversicherungen wurden 287 Anträge auf 206.586 K 02 h jährliche Rente behandelt und insgesamt 290 Policen auf 212.511 K 09 h versicherte Jahresrente ausgestellt, in welcher Zahl ebenfalls die durchgeführten Abänderungen enthalten sind. Besonders bemerkenswert ist in dieser Abteilung die außerordentliche Höhe der abgeschlossenen unmittelbar beginnenden Leibrenten, für welche insgesamt an Einmalprämie der Betrag von 873.612 K 05 h erlegt wurde.

c) In der Leichenkostenversicherung wurden 5004 Anträge auf Leichenbegängnisse im Gesamtwerte von 2,233.940 K beantragt und 3826 Mitgliedsbücher auf Leichenbegängnisse im Werte von 1,270.460 K ausgestellt.

d) Die Anzahl der abgeschlossenen Ersatzverträge für die Privatbeamten-Pensionsversicherung erfuhr keine Erhöhung; doch weist auch dieser Versicherungszweig durch zahlreiche nachträglich erfolgte Anmeldungen eine bedeutende Erweiterung auf und es wurde durch Einkauf von Dienstjahren in vielen Fällen eine Verbesserung der gesetzlichen Mindestanwartschaften erzielt. Der Endstand der bei der Anstalt versicherten Beamten betrug mit Ende des Berichtsjahres 1505 Personen, welche derzeit eine Jahresprämie von 367.560 K einzuzahlen haben.

Der Versicherungsstand der Anstalt betrug daher mit 31. Dezember:

19.136	Policen	auf	43,296.484 K 06 h	Todesfall- und gemischte Versicherungen,
6.737	"	"	13,156.492 " 32 "	Erlebensversicherungen,
940	"	"	607.033 " 10 "	Leibrenten,
930	"	"	750.898 " 10 "	Invaliden-, Alters- und Witwenrenten,
9.899	"	"	4,972.214 " 20 "	Leichenkostenversicherungen und
1.838	"	auf rund	11,000.000 " — "	Kapitalwert Pensionsersatzversicherungen,

oder, wenn die Renten im Sinne des kaiserlichen Patentes vom 9. Februar 1850, R.-G.-Bl. Nr. 50, kapitalisiert werden, 39.480 Verträge im Kapitalwerte von nahezu 86,000.000 K. Das ergibt gegen das Vorjahr einen gesamten Zuwachs von 5290 Verträgen auf rund 8 Millionen Kronen.

Von diesen Versicherungen sind 382 Stück mit einem Teilbetrage von 4,480.947 K Kapital und 5250 K Rente in Rückversicherung gegeben.

Die Einnahmen der Anstalt setzten sich aus folgenden Posten zusammen:

Prämieneinnahme	4,017.887 K
Kapitalsertragnis	539.648 "
Verwaltungseinnahmen	90.699 "
zusammen	4,648.234 K

und sind daher gegen das Vorjahr um 1,042.427 K gestiegen.

Die Prämien- und sonstigen Reserven sind auf den Betrag von 13,702.181 K angewachsen; die Auszahlungen für fällige Todesfallversicherungen und Renten betragen 784.274 K, sodaß seit Bestehen der Anstalt bereits 3,266.536 K für diesen Zweck verausgabt wurden.

Das finanzielle Ergebnis kann ein außerordentlich befriedigendes genannt werden; der Sterblichkeitsgewinn in der Kapitalsversicherung auf Todesfall ist auf den Betrag von rund 270.000 K angewachsen, der Zinsgewinn hält sich perzentuell in der gleichen Höhe wie im Vorjahre, sodaß auch im Berichtsjahre wieder die Verzinsung der Reserven, welche übrigens abermals zur Gänze durch zinsbringende Aktiven gedeckt sind, um fast 1% überschritten wurde.

Gegenüber der ausgewiesenen Höhe der Garantiefonds der Anstalt im Gesamtbetrage von 14,813.249 K ergibt sich folgende Zusammenstellung der zinsentragenden Kapitalanlagen:

Kassestand	7.094 K
Guthaben bei Kreditinstituten	214.986 „
Realitäten	1,599.190 „
Effekten	1,618.232 „
Hypothekendarlehen	9,268.536 „
Darlehen auf Wertpapiere	1,223.700 „
Polizzendarlehen	923.305 „
Darlehen an Genossenschaften	8.300 „

Der Effektenbestand des Kaiser Franz Joseph-Jubiläumsfonds erfuhr nach dem Stande der Kurse vom 31. Dezember eine Wertverminderung um 10.366 K; sein Bilanzwert betrug 953.430 K.

Der Geharungsüberschuß ist auf den Betrag von 375.693 K gestiegen, welcher verwendet wurde, den ganzen noch ausstehenden Vortrag der zu amortisierenden Abschlußprovisionen im Betrage von 209.514 K vollständig auszuscheiden und den Betrag von 100.000 K aus dem Gründungsfonds an die Gemeinde Wien rückzuzahlen. Der Rest im Betrage von 66.179 K wird auf neue Rechnung vorgetragen.